



Das Greenpeace- FRIEDENSMANIFEST

Die Klimakrise gefährdet weltweit Frieden und Sicherheit. Die Weltgemeinschaft steht an einem Scheideweg. Handelt sie entschlossen, gemeinsam und auf eine Weise, die die Rechte und Notlagen der besonders betroffenen Länder und Menschen des globalen Südens berücksichtigt? Oder verleitet das gegenseitige Misstrauen die Staaten zu Abschottung, Aufrüstung und Militarisierung?

Damit Frieden eine Chance hat, müssen wir uns kollektiv für Klimaschutz, Abrüstung und einen wirtschaftlichen Wandel einsetzen. Eine friedliche und sichere Welt kann nur Wirklichkeit werden, wenn wir einander mit Liebe, Toleranz, Solidarität und Respekt begegnen und dem zersetzenden Gift von Rassismus, Sexismus und Nationalismus keinen Raum geben.

11 Thesen von Greenpeace Deutschland:

1. Frieden heißt Klimaschutz

Frieden und Sicherheit für alle Menschen kann es nur dann geben, wenn die Erderhitzung auf wenigstens 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzt wird. Bereits jetzt – bei einer Erhitzung von nur einem Grad – nehmen Dürren, Überschwemmungen, Wasserknappheit und Ernteausfälle weltweit zu und heizen Konflikte und Kriege an.

Deutschland steht in der Pflicht seinen Beitrag zum internationalen Klimaschutz zu leisten. Konkret heißt das unter anderem: Raus aus der Kohle bis 2030 und ein Zulassungsstopp für alle Verbrenner bis zum Jahr 2025!

2. Kollektives Handeln

Die Klimakrise, die Verbreitung von Atomwaffen und andere globale Krisen machen kollektives Handeln unumgänglich, kein Staat kann diese Probleme alleine lösen. Isolationismus und Nationalismus führen zu Eskalation und Krieg. Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit sind Stärkung und Schutz der Zivilgesellschaft, zwischenstaatliche Kooperation und verbindliche internationale Abkommen.

Deutschland muss die im Pariser Klimaabkommen beschlossenen Ziele einhalten, zivilgesellschaftliche Bewegungen schützen und sich für die Wahrung internationaler Friedens- und Abrüstungsverträge stark machen.

3. Atomwaffen abschaffen

Sicherheit und Frieden sind nur in einer Welt ohne Atomwaffen möglich. Die einseitige Aufkündigung internationaler Abkommen, das Säbelrasseln zwischen NATO und Russland und zwischen Indien und Pakistan, das Atomprogramm Nordkoreas, neue „smarte“ Atomwaffen: Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Menschheit näher am nuklearen Abgrund steht als jemals zuvor. Ohne Atomkraftwerke und Forschung an Techniken wie Wiederaufbereitung und Anreicherung gibt es keine Atomwaffen. Um die Weiterverbreitung dieser

Massenvernichtungswaffen zu stoppen, müssen auch alle Atomprogramme beendet werden.

Deutschland muss den atomaren Massenmord als militärische Option ausschließen und den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen. Mit dem Abzug US-amerikanischer Atombomben aus Deutschland und einem Ende der nuklearen Teilhabe muss Deutschland ein klares Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen setzen.

4. Waffenexporte stoppen

Waffen aus Deutschland und Europa töten und verletzen weltweit Menschen in Kriegen und Konflikten, sie destabilisieren ganze Regionen und helfen autoritären Staaten und Herrschern, Oppositionelle und Aktivist*innen zu unterdrücken und zu ermorden. Der sichere Endverbleib exportierter Waffen und anderer Kriegsgeräte kann niemals garantiert, ihr Missbrauch niemals ausgeschlossen werden. Jeder Waffenexport macht die Welt unsicherer.

Auf dem Weg zu einer waffenfreien Welt muss Deutschland deshalb unverzüglich sämtliche Waffenexporte an Drittstaaten und Staaten, die Krieg führen und an Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden, stoppen.

5. Eine neue Sicherheitspolitik

Nicht erst unter den Vorzeichen der Klimakrise ist die an militärischer Stärke orientierte Sicherheitsdoktrin unbrauchbar und gefährlich geworden. Statt Sicherheit produzieren Abschreckung, Abschottung und Aufrüstung millionenfach menschliches Leid und verhindern zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Gegen die Erderhitzung sind Panzer und Kanonen machtlos. Wir unterstützen eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik.

Statt die Militärausgaben immer weiter zu erhöhen, muss die Bundesregierung mehr Geld für eine geschlechtersensible und klimagerechte Konfliktprävention, internationale Klimaschutz-Projekte und Entwicklungszusammenarbeit (s. Punkt 6) bereitstellen.

6. Kein Frieden ohne Klima-Gerechtigkeit und Schutz von Menschenrechten

Während die reichen Länder des globalen Nordens für den Anstieg der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, leiden die ärmeren Staaten des globalen Südens unter den Folgen. Besonders stark betroffen sind Kinder, Frauen sowie indigene und marginalisierte Gruppen. Klimakatastrophen führen bereits jetzt weltweit zu einer Zunahme geschlechtsspezifischer und rassistischer Gewalt und Unterdrückung.

Deutschland muss seine besondere Mitverantwortung für die Klimakrise anerkennen und Entwicklungs- und Klimaschutzmaßnahmen in den armen Ländern des globalen Südens unterstützen und einleiten, diesen Ländern Schulden erlassen und sich für besonders schutzbedürftige Gruppen einsetzen.

7. Gegen die Festung Europa

In Form von gemeinsamen europäischen Verteidigungsprojekten (PESCO) und einem europäischen Verteidigungsfonds (EDF) setzt auch die EU auf Aufrüstung, militärische Stärke und Abschottung, um für vermeintliche Sicherheit zu sorgen. Ein hochgerüsteter Grenzschutz (FRONTEX) soll diejenigen von Europa fernhalten, die sich in Sicherheit bringen wollen – nicht zuletzt vor Konflikten, die mit europäischen

Waffen ausgefochten werden. Das Friedensprojekt Europa verliert zunehmend seine Legitimation.

Deutschland muss sich für ein Europa stark machen, das anstelle von Militär und Rüstung die Achtung und den Schutz von Menschenrechten und internationalen Klimaschutz zu den Säulen seiner Außen- und Sicherheitspolitik macht.

8. Autonome Waffensysteme

Auch in den Planungen europäischer Militärs spielt die Entwicklung so genannter letaler autonomer Waffensysteme (LAWS) bzw. Killer-Roboter eine wichtige Rolle. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz in Waffensystemen ist unethisch und droht, die Hemmschwelle für militärisches Eingreifen zu senken und Verstößen gegen das Völkerrecht Vorschub zu leisten. Maschinen dürfen niemals über Leben und Tod von Menschen entscheiden!

Deutschland muss einen UN-Verbotsvertrag dieser Systeme aktiv voranbringen und sich gegen die Förderung letaler autonomer Waffensysteme durch den Europäischen Verteidigungsfonds einsetzen.

9. Gezielte Tötungen stoppen

„Gezielte Tötungen“ durch unbemannte Drohnen - so wie sie die USA seit 2001 auf fremden Hoheitsgebieten durchführen - verstoßen gegen das Völkerrecht. Statt wie behauptet Terrorismus effektiv zu bekämpfen, terrorisieren sie die Bevölkerungen in den betroffenen Regionen.

Deutschland muss dem US-Militär die Nutzung ihrer Basen in Deutschland für Drohneneinsätze untersagen, die Entwicklung von Kampfdrohnen unterlassen und auf ein Ende gezielter Tötungen hinwirken.

10. Für nachhaltige Wirtschaft und fairen Handel

Eine blind an Profiten und Wachstum ausgerichtete Wirtschaft zerstört unsere Lebensgrundlagen auf Kosten künftiger Generationen, sorgt für extreme soziale Ungleichheiten und erhöht das Risiko für Krisen und Konflikte. Die internationale Handelsordnung benachteiligt und belastet systematisch die Umwelt, die Menschen und eine selbstbestimmte Entwicklung des globalen Südens. Wir brauchen ein gerechtes Wirtschaftssystem, das eine intakte Umwelt, Klimaschutz und eine hohe Lebensqualität für alle Menschen miteinander in Einklang bringt.

Deutschland muss Konzerne auf faires und nachhaltiges Wirtschaften verpflichten und auf EU-Ebene faire Handels- und Investitionsverträge mit Handelspartnern durchsetzen.

11. Zivilgesellschaft stärken

Frieden und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Zu den zivilgesellschaftlichen Freiheiten gehören Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Werden diese Freiheiten und die demokratischen Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt, erodiert die Basis für ein friedliches Miteinander. Die Folgen sind Hass, Intoleranz und Gewalt. Der Schutz einer starken, bunten und unbequemen Zivilgesellschaft ist unerlässlich für die Wahrung und das Zustandekommen von Gerechtigkeit und Frieden.

Deutschland muss sich aktiv für die Stärkung und den Schutz demokratischer Teilhabemöglichkeiten und der Zivilgesellschaft im In- und Ausland einsetzen. Der Verfolgung von Menschenrechts- und Umweltrechtsverteidiger*innen darf die deutsche Bundesregierung nicht tatenlos zuschauen.